



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Deutsche Kolonialpolitik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ein erheblicher Teil der Verantwortung für die eingeschlagene Friedenspolitik zur Last falle, richtig sein oder nicht — davon wird sich das schwedische Ministerium in seiner Tätigkeit mit den norwegischen Kollegen jedenfalls überzeugen können, daß es sich nicht empfiehlt, seine Freunde durch ungeeignete Nachgiebigkeit gegen die Feinde zu entmutigen und seine eigne Stellung durch fortwährende Konzessionen an die Gegner zu schwächen. Ob den Mitgliedern des Ministeriums Sverdrup, wenn sie einmal eine Zeit lang die Regierungsgeschäfte geführt haben werden, vielleicht auch noch die Einsicht kommen wird, daß man ein Land mit radikalen Fäseleien nicht zu seinem Wohle regiert, und daß, wenn man nicht gewissenlos handeln will, man als Minister den demokratischen Reden keine Folge geben kann, welche man als Abgeordneter ungestraft sich erlauben durfte, und ob es dadurch möglich werden wird, unter den obwaltenden Umständen die Union der beiden Königreiche auf die Dauer aufrechtzuerhalten oder ob das Ministerium Sverdrup zu dieser Einsicht nicht gelangen und demzufolge Norwegen auf der erreichten schiefen Ebene unaufhaltsam abwärts gleiten wird, bis es sich von seinem Nachbarreiche getrennt hat, das wird die Zukunft lehren.



Deutsche Kolonialpolitik.



ie Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen. Während des Feldzugs in Frankreich erklärte sich Bismarck entschieden gegen eine deutsche Kolonialpolitik. Es war in Versailles bei Tische, als er (vergl. Busch, Graf Bismarck und seine Leute, 6. Auflage, 2. Bd., S. 356) mit bezug auf ein Gerücht, welches uns die Absicht zuschrieb, im Frieden die Abtretung Pondicherys von den Franzosen zu verlangen, nachdem er andre Gründe für die Ungeschicktheit dieser Erfindung angeführt hatte, sagte: „Ich will auch gar keine Kolonien. Die sind bloß zu Versorgungsposten gut. . . Für uns in Deutschland — diese Koloniegeschichte wäre für uns genau so wie der seidne Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben,“ was er dann weiter ausführte.

Das war am 9. Februar 1871. Wir hatten damals in der That, um im Wilde zu bleiben, vor allen Dingen für Hemden, für Näherliegendes, für wichtigere Bedürfnisse zu sorgen, weit dringendere Fragen zu lösen, vor allem die mit dem Siege über Frankreich errungene neue Stellung Deutschlands im Kreise der Staaten und Nationen zu sichern, das eben geschaffene deutsche Reich

auszubauen und zu festigen, und Kolonien erschienen solchen Notwendigkeiten gegenüber als Luxus, als seidner Zobelpelz. Daß sie bloß zu Versorgungs-
posten gut seien, war wohl nicht im Ernste gemeint.

Die Sicherung und der innere Ausbau Neudeutschlands erforderten Jahre, während deren der Minister, der es zunächst mit der Kraft Preußens, dann mit derjenigen der ganzen Nation geschaffen, seinen Blick auf nichts andres richten durfte; und als in jenen beiden Beziehungen für das notwendigste gesorgt war, trat die wirtschaftliche Reform als Hauptfrage an ihn heran und mit ihr die Aufgabe, das Los der arbeitenden Klassen günstiger zu gestalten und sie so mit der neuen Schöpfung zu befreunden. Auch diese Bemühungen nahmen Zeit in Anspruch, auch sie gelangten endlich zum Ziele oder doch auf guten, hoffnungsreichen Weg dahin, und allmählich kam der Augenblick, wo man an die Befriedigung ferngelegener Bedürfnisse denken konnte, darunter auch an die Förderung des inzwischen immer lauter und allgemeiner gewordenen Wunsches nach Kolonien in überseeischen Ländern.

Deutschland leidet noch nicht an Übervölkerung, geht ihr aber bei dem außerordentlich raschen Wachstum seiner Menschenzahl entgegen. Die sehr starke Auswanderung entführt ihm alljährlich Massen von arbeitenden Händen und Kapital, die andern Staaten zugute kommen, während solcher Abgang für Länder, die Kolonien besitzen, kein wirklicher Abgang ist. Unsere Industrie und unser Handel brauchen dringend günstigere Bezugsquellen und Absatzgebiete. Die Welt ist keineswegs, wie man eingeworfen hat, schon ganz weggegeben. Wir haben uns endlich eine Kriegsslotte geschaffen, welche zwar nicht den ersten, wohl aber bereits den dritten Rang unter den Marinen der Welt einnimmt, also sehr wohl geeignet wäre, Anfängen zu Kolonien den nötigen Schutz zu gewähren. Der Gedanke, zu erobern, um zu erobern, der Wunsch, Kolonien zu besitzen um des Ruhmes willen, zu herrschen über ein Gebiet, wo die Sonne nicht untergeht, hat keinerlei Berechtigung in dieser Betrachtung. Nicht mit den Waffen, sondern mit friedlicher Arbeit, mit Pflanzungen und Faktoreien wäre zu erobern, und deren Erfolg dann von Reichswegen mittelbar und unmittelbar zu unterstützen und zu decken.

Das ungefähr sind die Erwägungen und Forderungen der Bewegung, die seit einigen Jahren im Gange ist, und so scheint auch der Reichskanzler die Frage jetzt anzusehen. Manche sind weiter gegangen, vorsichtige Politiker aber bescheiden sich damit für die Gegenwart und überlassen besseres der Zukunft. Sie kennen die Schwierigkeiten, die der Sache im Wege stehen, und wissen, daß menschliche Unternehmungen am besten gedeihen, wenn sie die Natur nachahmen, die nicht mit dem Baume, sondern mit dem kleinen Samenkorn beginnt.

Ein solches Samenkorn war die vor einigen Jahren im Reichstage eingebrachte Regierungsvorlage, in welcher eine Verzinsungsgarantie in betreff der von Hamburgern auf den Samoa-Inseln angelegten Pflanzungen verlangt

wurde. Dieselbe wurde fast allenthalben im Lande als erfreulicher Anfang zu einer deutschen Kolonialpolitik willkommen geheißen, paßte aber nicht zu dem Manchesterturn gewisser liberalen Herren und ebensowenig zu der Stellung, welche die Ultramontanen zum Reiche einnehmen, und konnte so zu lebhaftem Bedauern aller patriotischen Herzen nicht durchgebracht werden. Ein solches Samen Korn lag, wie leicht zu sehen war, jetzt wieder in dem Gesetzentwurfe betreffend die Verwendung von Geldmitteln zur Errichtung und Unterhaltung von Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern, der in der letzten Hälfte des Juni d. J. von der Regierung unsern Reichsboten zur Genehmigung unterbreitet wurde. Wieder wurde derselbe von der öffentlichen Meinung beinahe überall mit freudigem Beifall begrüßt und insbesondere von den Vertretern der Fabrikthätigkeit und des Handels lebhaft empfohlen, und wieder scheiterte er an dem Widerstande der in diesem Falle wie früher mit dem welfisch-ultramontanen Zentrum Hand in Hand gehenden Manchesterpolitiker. Der direkte Nutzen dieser Maßregel, welche zunächst eine Subvention von Postdampfschiffslinien nach Ostasien und Australien bezweckte, war mit Händen zu greifen, und ebenso klar war es, daß die Sache bald ins Leben treten mußte, also nicht, wie das hohe Haus bei der ersten Verhandlung beschloß, erst an eine Kommission verwiesen werden durfte, was einem Begraben derselben für die laufende Session gleichkam.

Vom Rheine her und aus Westfalen wurde dies, als die Erledigung der Angelegenheit noch in der Schwebe war, von Korporationen und Vereinen in sehr entschiedener Weise ausgesprochen. Die Handelskammer des Kreises Essen richtete eine Petition an den Reichstag, in der es hieß, der Gesetzentwurf habe in den von ihr vertretenen Kreisen lebhafteste Freude und Befriedigung erregt, „nicht bloß wegen des Interesses, das die Montanindustrie, wo einerseits die Anzeichen sich mehren, daß China zum Eisenbahnbau übergehen wird, andererseits aber der französische Einfluß in Ostasien sich steigert, an jeder Belebung unsrer Beziehungen zu jenen Ländern nehmen muß, weil dem deutschen Handel und Export aus der erleichterten Verkehrsvermittlung wesentliche Vorteile erwachsen müssen, vielmehr insbesondere, weil diese Maßregel geeignet erscheint, das Band, welches die ausgewanderten Deutschen mit dem Mutterlande verbindet, zu stärken und das Ansehen Deutschlands bei den übrigen Völkern zu erhöhen. Die Freude über die geplante Maßregel war umso größer, als in derselben eine Bestätigung erblickt wird, daß unsre Reichsregierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, in aktiverer Weise als bisher das nationale Interesse im Auslande zu pflegen.“ Daran schloß sich die dringende Bitte, der Reichstag wolle diese Bestrebungen unterstützen und dem Gesetzentwurfe noch in dieser Session seine Zustimmung erteilen, woran noch die Bemerkung geknüpft wurde, man dürfe nicht verhehlen, daß die lautgewordene Tendenz dilatorischer Behandlung tiefe Verstimmung hervorgerufen habe. Denselben Gegenstand besprach eine Eingabe

des Vorstandes des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, die in einstimmigem Auftrage einer außerordentlichen Generalversammlung desselben, welche am 20. Juni in Düsseldorf stattgefunden, an den Reichstag abging. Es hieß in diesem Schriftstücke: „Die mit dem in Rede stehenden Entwurfe bekundete ernste Absicht der verbündeten Regierungen, die Hilfe und Unterstützung der ganzen Nation der Rhederei zuzuwenden und sie damit zu befähigen, ihre wichtige Aufgabe vollkommener als bisher zu erfüllen, mußte hohe Befriedigung und Freude in allen Kreisen hervorrufen, in denen die Grundbedingungen für das wirtschaftliche Gedeihen und der innige Zusammenhang desselben mit der Gesamtwohlfahrt, dem Bestande und der Machtstellung des Staates erkannt werden. Groß war daher das Befremden dieser Kreise über die Stellung, welche die Majorität des Reichstages dem Gesekentwurfe gegenüber einnahm. Für den Geschäfts- und Gewerbestand der Nation, dessen Angehörige so häufig gezwungen sind, unter Verzicht auf sofortige Rente, Kapitalanlagen zu machen, um spätere Gewinne zu erzielen, war es namentlich unfaßbar, wie der Hinweis auf die voraussichtlich jahrelange Ertragslosigkeit der zu verwendenden Staatsgelder als Grund für die ablehnende Haltung angesehen werden konnte. Die Notwendigkeit wird allgemein anerkannt, den Export thunlichst zu fördern, zwischen dem Mutterlande und seinen Vertretern im Auslande die möglichst besten Verbindungen herzustellen, Schutz und Ansehen, auf welche jeder Deutsche jetzt in erhöhtem Maße Anspruch hat, auch auf die an überseeischen Plätzen arbeitenden Söhne des Vaterlandes zu übertragen, die deutschen Handelsniederlassungen zu fördern und die Bestrebungen zur Errichtung deutscher Kolonien ihrem Ziele näher zu führen. Von Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten wird in übergroßer Mehrzahl anerkannt, daß der mit der Gesetzesvorlage bezeichnete Weg, daß dieser erste Schritt auf demselben von höchster Bedeutung für die Erreichung der vorbezeichneten Ziele ist, daß die Nation einen, freilich nur sehr kleinen Teil ihrer Mittel kaum einem Unternehmen zuwenden könnte, welches segensreichere Früchte zu zeitigen verspricht.“

Die Subvention, welche die Regierung gewähren wollte, wurde von Herrn Windthorst im Gegensatz gegen diese Eingabe als „große Ausgabe“ bezeichnet, und der Herr Abgeordnete that, als ob er dabei an den Beutel der Steuerzahler dächte. Die vier Millionen Mark aber, die jährlich auf die Unterstützung der Postdampferlinien verwendet werden sollten, bildeten in der That nur einen sehr kleinen Teil der nationalen Mittel, namentlich wenn man damit verglich, was mit dieser Summe verhütet und gebessert werden sollte, und was andre Staaten nach dieser Seite hin ausgaben. Wenn man sich nur einigermaßen vergegenwärtigte, wie wenig Deutschland bisher pekuniär dafür gethan hatte, auch jenseits der Meere zu zeigen, daß wir eine große Nation darstellen, und wenn man erwägt, welche Störungen und Verluste dadurch entstehen mußten,

daß unsre Postsendungen und unsre Matrosen, wenn sie zur Kompletirung der Mannschaften der im Gelben Meere und in der Südsee stationirten Kriegsschiffe abgingen, auf die Beförderung durch Dampfer fremder Nationen angewiesen waren, so gehört in Wahrheit nicht allzuviel Vaterlandsliebe dazu, um zu begreifen, daß die Regierung mit der betreffenden Vorlage nur einer dringenden Pflicht nachkam. Die Regierungen und Kammern aller großen seefahrenden Völker unsers Erdtheils haben schon seit Jahrzehnten eine Subvention ihrer Handelsmarine zur Herbeiführung einer regelmäßigen Verbindung mit den überseeischen Ländern und zur Herstellung eines wohlgeordneten und rasch wirkenden Postdienstes in bezug auf dieselben für unbedingt notwendig angesehen. Sehr große Summen werden von seiten Frankreichs zu diesem Zwecke aufgewendet: dasselbe gab zur Unterstützung der Postdampfschiffahrt nach Korsika, Algier und Tunis, Newyork und den Antillen, Brasilien und Ostasien jährlich nicht weniger als 24 Millionen Franken aus, wozu vor kurzem noch eine Beihilfe von drei Millionen trat, mit welcher der Staat der Messagerie maritime regelmäßige Fahrten nach Australien ermöglichte. Während ferner das Königreich Italien für derartige Zwecke jährlich acht Millionen Lire verwendet, beträgt die von der englischen Regierung den überseeischen Dampferlinien bewilligte jährliche Subvention 589 400 Pfund Sterling oder 11 788 000 Mark, also fast dreimal soviel als der Reichskanzler vom Reichstage für unsre Postdampfer nach China, Japan und Australien haben wollte. Die gesamten Interessen des heutigen Verkehrs, allen voran die des Geld- und Kreditverkehrs, wirken auf möglichste Verkürzung der Transportzeit der Güter hin, es sind also ebenso volkswirtschaftliche wie spezifisch politische Machtfragen, die zur Verminderung der großen überseeischen Entfernungen auffordern. Die wertvollsten Waren, sowie der Post- und Personenverkehr haben das höchste Interesse an schnellster und unmittelbarster Beförderung, und da dieser Verkehr in stande ist, erhebliche Frachtraten zu zahlen, so wird durch ihn die Feststellung eines Frachtdurchschnittes möglich gemacht, der auch minder wertvollen Gütern die Benutzung der Dampferlinien erlaubt. In den über die drei größten Dampfschiffahrts-Gesellschaften Großbritanniens (Peninsular and Oriental — Pacific Steam Navigation — Royal Mail Steam Packet) vorliegenden Berichten finden wir eingehende Angaben über diese Verhältnisse. Die Einnahmen derselben ergeben sich aus Frachten mit 51,2, aus der Passagierbeförderung mit 33,3, den Postsendungen mit 15,0 und sonstigen Eingängen mit 0,5 Prozent. Hiernach sind die Einnahmen aus dem Fracht- und Passagierverkehr bei weitem die wichtigsten. Die aus der Beförderung der Poststücke fließenden treten dem gegenüber sehr zurück, und es ergibt sich, daß ohne starke Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs die von der Post gezahlten Beiträge nicht in stande sein würden, einen regelmäßigen Postverkehr zwischen den britischen Inseln und den großen überseeischen Plätzen zu unterhalten; sie stützen und fördern aber den transmarinen

Dampferverkehr und sind ohne Zweifel eine den englischen Handelsinteressen dienende sehr vorteilhafte Ausgabe.

Diese und ähnliche Betrachtungen lagen den deutsch-freisinnigen Rednern, welche die Regierungsvorlage bekämpften, ganz ebenso fern wie jeder wirklich nationale Gedanke, jeder frische, mutige Glaube und jede Fähigkeit, Großes groß zu erfassen. Sie machten, wie fast immer, durchgehends den Eindruck philisterhafter Parteipolitiker, seichter Besserwisser und rechthaberischer Sophisten, und die hauptsächlichsten Gründe, die sie gegen die Vorlage ausspielten, gemahnten mehr an die Denkweise eines engherzigen Buchhalters als an die eines weit-schauenden Staatmannes. Für Herrn Richter war der Gesekentwurf — natürlich, er urteilte nach seiner Art zu verfahren — nichts als ein Wahlmanöver. Sein Parteifreund Bamberger aber hantierte mit Rechenexempeln, die vielleicht überzeugen würden, wenn sich nicht bald herausgestellt hätte, daß sie samt und sonders auf unrichtigen Annahmen beruhten. Er hatte mit seiner Behauptung, die Dampfersubvention stünde mit der deutschen Handels- und Plantagen-gesellschaft der Südseeinseln (Samoagesellschaft) im Zusammenhange, entschiedenes Unglück. Seine Abneigung gegen alle deutsche Kolonialpolitik bewog ihn geradezu, sich in Verleumdungen zu ergehen. Nachdem ihn zunächst die „Hamburger Börsehalle“ dementirt hatte, that die Direktion der Disfontogesellschaft desgleichen, und zuletzt mußte er sich vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates jener Gesellschaft auf seine Behauptungen in der Budgetkommission und in der Reichstags-sitzung vom 26. Juni folgendes in öffentlichen Blättern ins Gesicht erklären lassen: „Es ist unwahr und erfunden, daß Herr von Hansemann oder Herr von Ohlendorff bei dem Ankaufe der Baringschen [Samoas] Aktien irgend-wie beteiligt ist. Es ist weder ein Hamburger noch ein Berliner Bankinstitut noch Bankier dabei interessiert, sondern nur genannten Kreisen ganz fernstehende Personen. Der Ankauf der Aktien war in den ersten Tagen des Mai gesichert, nachdem die Verhandlungen mit Barings bereits Monate lang gedauert hatten. Die Dampfersubventionsvorlage hat das Konsortium nicht beeinflusst, konnte es auch garnicht, da sie erst später vorgelegt wurde. Es ist unwahr, daß für die Baringschen Aktien 20000 Pfund Sterling bezahlt worden sind. Es ist unwahr und erfunden, daß der Samoagesellschaft . . . von irgend einer Person, Bank oder Gesellschaft ein Vorschuß von 40000 Pfund Sterling oder von irgendeinem andern Betrage — die gewöhnlichen Vorschüsse auf Waren-ladungen ausgenommen — geleistet oder daß ein solcher auch nur geplant ist. Die Behauptung des Herrn Bamberger, . . . die Veranschlagung des Ackerlandes, [auf Samoa], das niemand anbauen oder gar kaufen will, werde in der Bilanz zu immer höhern Aktivsätzen angenommen, mit dem Zusaze, sonst könne man kein nennenswertes Kapital mehr auf die Aktivseite setzen, mit andern Worten, die Direktion fabrizire und der Verwaltungsrat genehmige Abschlüsse mit der Absicht, die Situation der Gesellschaft besser erscheinen zu lassen, als sie ist,

enthält eine solche Beleidigung der Organe der Gesellschaft, daß ich keine Worte dafür finde und mir nur erübrigt, die Verleumdung des Herrn Bamberger ebenso öffentlich zurückzuweisen, wie er sie ausgesprochen."

Ähnlich wie mit den hier gebrandmarkten Äußerungen des Wortführers der Manchesterpolitiker im Reichstage verhielt es sich mit andern, z. B. mit der, daß die erste direkte Dampferverbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten der ihr gewährten staatlichen Unterstützung nicht bedurft hätte. Dieselbe konnte vielmehr, wie seitdem nachgewiesen worden ist, nur mit solcher Subvention ins Leben treten und jahrelang bestehen. Die betreffende Bremer Gesellschaft existirte bis 1857 und verzinst den ihr gewährten Staatszuschuß nach 1856 mit sechs Prozent, und für die wohlthätigen Folgen, welche ihre Errichtung für den Handel Bremens hatte, ist der beste Beweis das sicherlich unverdächtige Zeugnis, das Bürgermeister Duckwitz ihr in seinen bekannten Denkwürdigkeiten ausgestellt hat. Die Thatsache, daß vor dem Bestehen dieser direkten Verbindung die Ausfuhr deutscher Fabrikate über Bremen nach der nordamerikanischen Union einen Wert von nur etwa zehn Millionen Mark heutigen Geldes repräsentirte, acht Jahre nach Errichtung der Linie aber schon achtundvierzig Millionen wert war, spricht hinreichend für den Aufschwung, den der Handel Bremens durch diese subventionirte Dampferverbindung genommen hat.

In der Kommissionsitzung, in welcher die Postdampfervorlage erörtert wurde, brachte der Abgeordnete Hammacher die Lüderitzsche Unternehmung in Angra Pequena zur Sprache, wies auf die von Frankreich für ähnliche Zwecke bereitgestellten Kredite hin, streifte die Kongofrage und ersuchte den anwesenden Reichskanzler um eine Erklärung darüber, wie er sich zu den ebenerwähnten Bestrebungen und zu den Kolonisationswünschen überhaupt zu verhalten gedenke. Fürst Bismarck machte zunächst auf den Zusammenhang der Frage wegen der Postdampfersubvention mit der Kolonialfrage aufmerksam und äußerte dann, daß es nicht in seiner Absicht liege, von Reichswegen eigentliche Kolonialpolitik zu treiben. „Natürlich würden wir, sagte er, eine ganz falsche Politik verfolgen, wenn wir Ober- und Unterbeamte und Garnisonen in die Kolonie schicken wollten; wir wollen vielmehr den Interessenten der Kolonien gleichzeitig auch das Regieren derselben überlassen und die Autorität etwa durch einen Konsul wahren. Wir wollen nicht Provinzen gründen, aber deutsche Niederlassungen schützen durch das Reich.“ Was Angra Pequena anlange, so habe er wegen etwaiger englischer Rechte auf dieses Gebiet in London angefragt und, nachdem ihm eine Zeit lang keine genügende Antwort zuteil geworden, soeben Berichte erhalten, nach denen er bestimmt erklären könne, England erhebe keine Ansprüche mehr auf Angra Pequena. Hinsichtlich des Kongogebiets seien Verhandlungen mit Portugal eingeleitet, und man dürfe hoffen, ein Abkommen zustande zu bringen, welches den freien Verkehr daselbst herstelle. Später ergriff er noch

einmal das Wort, um zu wiederholen, daß das Reich gewiß nicht weitergehen werde, als Herrn Lüderitz in dem von ihm erworbenen Besitze zu schützen. *

Herr Eugen Richter hat im Reichstage Angra Pequena ein „Sandloch“ genannt und es für schlecht geeignet zu einer deutschen Kolonie erklärt. Aber will denn Herr Lüderitz etwa dort hundertfältig tragenden Weizen bauen oder Apfelsinenpflanzungen anlegen? Wir dachten bisher, er wolle dort nach Kupfer graben. Oder weiß der allwissende Herr Abgeordnete einen noch nicht vergebenen Hafenplatz an dieser Küste, von dem aus man besser ins Innere Südafrikas eindringen könnte, zu empfehlen? Übrigens war Port Elizabeth, jetzt der bedeutendste Handelshafen der Kapkolonie, als die ersten Europäer hier landeten, auch nur ein „Sandloch.“ Noch heute ist die Gegend nichts weniger als anmutig, aber man hat in etwa fünf Jahrzehnten auf den dortigen Sanddünen eine recht ansehnliche Stadt erstehen sehen, der es nicht an hübschen Gärten mangelt. Macht die Beschaffung von Wasser Unkosten, so haben es die Leute dazu; denn der Handel einer ganzen Provinz und eines guten Teils der Oranjerepublik hat seinen Ein- und Ausgangspunkt hier. Die Verhältnisse von Angra Pequena liegen aber heutzutage nicht ungünstiger, als sie vor einem halben Jahrhundert in Port Elizabeth lagen. Sene Niederlassung trägt allerdings Keime zu einer guten Entwicklung in sich, allein zunächst wird es sich bei ihr darum handeln, die Lüderitzschen Unternehmungen zu schützen und dem Gründer dieser Ansiedlung die Gelegenheit zur Ausbreitung des deutschen Einflusses ungeschmälert zu erhalten. Haben die Bergwerke, die er dort anlegen will, Erfolg, so wird das weitere sich finden, und die deutsche Ausfuhr nach diesem Punkte Afrikas wird sich, namentlich wenn ein Weg nach dem Kongo entdeckt wird, der jetzt gesucht werden soll, in demselben Maße steigern, in welchem die Kolonie an Bedeutung gewinnt. Wenn in Südafrika nach deutscher Weise ernst und tüchtig gearbeitet wird, so werden die Erfolge dieser Arbeit auf die eingebornen und eingewanderten Nachbarn sicher mehr Eindruck machen als die britische Machtentfaltung, die schon einmal — gegen die Boers — verjagt hat. Unzweifelhaft besteht gegenwärtig im südlichen Afrika ein gewisser Gegensatz zwischen deutschen Bestrebungen und sogenannten britischen Interessen, aber derselbe ist kein natürlicher und notwendiger, sondern erst durch die maßlosen Ansprüche einiger Engländer hervorgerufen, welche der Meinung sind, daß England allein berufen sei, die überseeische Welt zu besitzen und auszunutzen. Wollten die Herren Briten sich begnügen, mit andern Nationen, insbesondere mit uns Deutschen, auf friedlichen Wegen dem größern Vorteile nachzutrachten, und wollten sie dabei die Selbständigkeit fremder Völker nicht außer Acht lassen, so könnten beide Nationen vereint die Zivilisation in Afrika und anderwärts mächtig fördern und sich selbst dabei gut stehen.

Ein Teil der englischen Presse verkennt diese Wahrheit und stößt in die Lärmtrompete über die doch so bescheidenen Anfänge einer deutschen Kolonial-

politik, andre Blätter erkennen unsre Berechtigung in der Sache zwar an, aber mit süßlich-saurer Miene, wie notgedrungen, sodasß man deutlich das Mißtrauen, den Neid und die Eifersucht fühlt, die dabei zu überwinden waren, nur wenige urteilen dabei ohne Hintergedanken, verständig und wohlwollend. So die „Ball Mall Gazette,“ die mit staatsmännischem Blicke in der Hauptsache etwa folgendermaßen über das hier besprochene Thema sich äußert. Wenn man behauptet, wir müßten vor allen Dingen mit Frankreich auf gutem Fuße bleiben, weil unsre Interessen sich allenthalben mit denen der Franzosen berührten, so ist dies zu berichtigen. Nicht die Franzosen, sondern die Deutschen sind nächst uns die wichtigste kolonisirende Nation. Diese Wahrheit verbirgt sich unter der That-sache, daß die deutsche Auswanderung sich bis jetzt größtenteils in unsern Kolonien oder unter dem amerikanischen Sternenbanner eine neue Heimat gesucht und gegründet hat. Allein unbestreitbar ist die Zeit gekommen, wo ein großer Teil des deutschen Volkes weiterzielende Wünsche hegt und auf neue Bahnen hindrängt. Da ist es denn ein Glück, daß dies zu einer Zeit sich kundgiebt, wo Deutschland von einem Staatsmanne wie Fürst Bismarck geleitet wird, der mit dem vollen Bewußtsein der Kraft weise Mäßigung verbindet, der den Besitz des Reiches nicht, um Vergrößerungsgelüsten zu entsprechen, vermehren will, sondern nur den deutschen Unternehmungsgeist in überseeischen Ländern, wo er auf natürlichen und rechtmäßigem Wege vorzugehen beginnt, zu schützen und zu fördern entschlossen ist. „Diesen Anschauungen des Reichskanzlers gegenüber müßte eine englische Regierung in der That sehr unklug und kurzfristig sein, wenn die bescheidenen Kolonisationsversuche, die Deutschland gegenwärtig macht, zu Mißverständnissen zwischen den beiden Völkern führen sollten. Die Frage hat aber mehr zu bedeuten als unabhängige deutsche Kolonien. Deutschland wird vielleicht niemals große überseeische Besitzungen erwerben. Was Deutschland wünscht, das ist — Fürst Bismarck hat sich darüber sehr deutlich geäußert — eine Stimme und zwar eine einflußreiche Stimme, wenn es sich um die Verfügung über solche herrenlose Gebietsstrecken wie am Kongo handelt, die für den Welt-handel die höchste Bedeutung haben. Es kann England nur zum Vorteil erreichen, wenn ein freundschaftlich gesinntes Deutschland sich an der Entscheidung derartiger Fragen beteiligt und die Nebenbuhlerschaft Englands und Frankreichs mildert.“ Zuletzt giebt das Blatt noch eins zu erwägen, was ihm besonders wichtig erscheint. Es sagt: „In einigen von unsern großen englischen Kolonien, vorzüglich in Australien, lebt eine sehr beträchtliche Anzahl deutscher Ansiedler. Dieselben sind ein höchst wertvolles Element der Bevölkerung dieser Kolonien, obgleich sie nur langsam mit ihren englischen Mitbürgern verschmelzen. Wenn diese Verschmelzung zu einer neuen kraftvollen Rasse, welche für die Zukunft das beste verspricht, in befriedigender Weise sich vollziehen soll, so gehören dazu unbedingt freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Mutter-ländern. Ein Streit zwischen denselben oder auch nur dauernd unfreundliche

Beziehungen bedeuten bürgerliche Zwistigkeiten in Australien, Kanada und Südafrika."

Das ist alles sehr richtig, und es läßt sich nur noch eins hinzufügen. England wird, wie die Dinge sich in der letzten Zeit und namentlich unter der Herrschaft der Gladstoneschen Politik gestaltet haben, wohlthun, in seiner Kolonialpolitik nicht an Erweiterung, sondern an Erhaltung seines Besitzes zu denken. Wem Parteiliebe, wem der Liberalismus nicht die Augen verschließt, muß sich in betreff dieses Besitzes stark beunruhigt fühlen. In Ostindien ist das einheimische Volk durch die Herrschaft John Bulls in empörendem Maße ausgefogen, tief verstimmt und in weiten Schichten zu einem neuen Aufstande reif, während sich auf der einen Seite Rußland, auf der andern Frankreich Wege gebahnt und Operationsbasen geschaffen haben, den dortigen Engländern bei Gelegenheit in die Flanke zu fallen. Im Kaplande regt sich das „Afrikandertum," das schon im Boerenkrieg trotz dem Mangel an einem regelmäßigen Heere mit Kanonen über die britischen Notvöcke hoffnungsreiche Siege erfocht und nicht bloß unter den Boeren Anhänger hat, welche die englische Herrschaft als hassenswerthes Joch betrachten und sie beim ersten günstigen Anlaß abzuschütteln gesonnen sind. Ägypten endlich, wo die arabische Volkserhebung unter dem Mahdi unaufhaltsam nach Norden vordringt und wo selbst am mittlern und untern Nil Revolten sich vorbereiten, wird über kurz oder lang für England verloren sein, wenn dieses nicht alle seine irgend verfügbaren Kräfte zur Verteidigung ansparnt.

Blicken wir zurück, so hat Fürst Bismarck seine frühere Ansicht, daß Kolonien für Deutschland überflüssig seien, insofern aufgegeben, als er zwar keine Kolonien von Reichswegen gegründet wissen, wohl aber Privatunternehmungen nach dieser Richtung hin vom Reiche fördern und schützen lassen will. Dieser Gedanke, der an die Anfänge des anglo-ostindischen Reiches erinnert, führt uns in die große Konkurrenz um die noch nicht vergebenen überseeischen Preise ein, wenn auch nicht direkt, als Staat, und manches blieb bei der Erörterung der Angelegenheit wohl unausgesprochen, obwohl es nicht an einer leisen Andeutung weiterer Pläne fehlte. Man darf dabei an Neuguinea und vielleicht auch an andre Punkte in Polynesien denken. In einigen Jahren wird die darische Landenge durchstochen und damit die reiche Inselwelt des Stillen Ozeans und der Südsee, die jetzt noch größtenteils herrenloses Land ist, für Europa verhältnismäßig nahe gerückt sein. Es wird ein Wettstreit der Nationen um diese Gebiete beginnen, und wenn Deutschland, mit seiner Handelsflotte, der dritten im Range, in dieser Beziehung nur schwächer als Großbritannien und die nordamerikanische Union, davon nicht ausgeschlossen sein will, muß es sich in der Zeit, wo der Wettstreit beginnt, wie andre Mächte dort schon an einigen Punkten festgesetzt haben. Die Postdampfer, welche subventionirt werden sollen, könnten das vorbereiten.

Wie aber der Reichskanzler jetzt zu der Kolonienfrage eine andre Stellung einnimmt, so auch die Nation, soweit sie an großer Politik teilnimmt. Bei der Samoafrage waren die Meinungen im Publikum noch sehr geteilt, und viele verhielten sich gegen das betreffende Projekt noch gleichgiltig, viele verwarfen es. Jetzt dagegen begegnete der neue Versuch, den Reichstag für eine bestimmte Kolonialpolitik zu gewinnen, nahezu aller Orten freudigem Willkommen und die Ablehnung der Vorlage durch die Majorität lebhaftester Mißbilligung. Massenhaft gingen dem Reichskanzler aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands Dankadressen für seine Initiative in der Sache zu, Vereine aller Art in Württemberg, in Baden, in Sachsen (Dresden, Leipzig, Meerane), in Hessen und den Rheinlanden wünschten ihm Glück zu seiner überseeischen Politik und erklärten die Verschleppung des Subventionsgesetzes für eine Schädigung der wirtschaftlichen Interessen und der nationalen Entwicklung des Reiches, und es steht zu hoffen, daß man bei den nächsten Reichstagswahlen sich dessen erinnern, die, welche die Verschleppung veranlaßten, nicht für geeignete Vertreter des Volkswillens ansehen und statt ihrer solche Männer wählen wird, welche das Interesse Deutschlands besser verstehen und ihm nicht eine tiefere Stellung als ihrem Haß gegen den Kanzler, ihrer Parteitheorie und ihrer Selbstgefälligkeit anweisen. Fort mit dieser Opposition, diesen Aliquenpolitikern, diesen ewigen Hemmschuhen alles wirklichen Fortschrittes, diesen nörgelnden Kleinmeistern! sei die Wahlparole, und dabei lasse man sich nicht dadurch irre machen, daß einige der Herren, als sie gemerkt, daß ihre Haltung ihnen bei den Wahlen schaden könnte, notgedrungen die Politik des Kanzlers anerkannten. Die Verschleppung blieb, und nicht an ihren Reden, sondern an ihren Thaten haben wir ihren Wert zu messen. Sie haben sich wieder einmal selbst entlarvt, sich wieder einmal deutlich von dem nationalen Bewußtsein geschieden, sie sind unbelehrbare und unverbesserliche Gegner der Größe des Vaterlandes. Der Kanzler hat im Reichstage und in seiner Antwort auf die Adresse der Freiburger Handelskammer erklärt, daß das Subventionsgesetz dem neuen Reichstage wieder vorgelegt werden soll, und wir hoffen, daß dann auch über die Beweggründe zu demselben, die der Vorlage tiefere politische Bedeutung geben, aber jetzt verschwiegen werden mußten, Aufschluß erteilt werden kann. Mit Sicherheit ist für diesen Fall vorauszusagen, daß die Herrschaften, die ihre Hauptpflicht in der Verweigerung der Mittel erblicken, welche der Kanzler zur Verwirklichung nützlicher Pläne bedarf, und die sich dabei auch in Sachen der äußern Politik höchst lächerlicherweise klüger und besser unterrichtet zu sein einbilden als er, ihr altes Spiel wieder beginnen werden, wenn sie die Wahlen hinter sich und das vielgeliebte Mandat wieder ins Trockene gebracht haben. Darum nochmals fort mit ihnen und gute Patrioten an ihre Stelle!